



KPÖ-Klubobmann Josef Schmalhardt fürchtet um die Zukunft des öffentlichen Verkehrs. Eben wurde der neue Nahverkehrsknoten in Puntigam eröffnet und schon weiß man nicht, wie man den Betrieb von Bus und Bim künftig finanzieren soll. Sicher nicht durch weitere Verkäufe, legt sich die KPÖ fest.

GRAZER VERKEHRSBETRIEBEN AUS! steckt in der Krise

Busbereich – die bis zum zum Einstellen von Linien reichen kann.

Nahverkehrsabgabe

Als probates Gegenmittel sieht man inzwischen quer durch alle Parteien die von der KPÖ lange geforderte Nahverkehrsabgabe – wenn auch unterschiedlich eingestuft. Bürgermeister Siegfried Nagl meinte, jeder Grazer mit Einkommen solle 9,90 Euro pro Monat als Nahverkehrsabgabe zahlen, die im Gegenzug beim Kauf einer GVB-Jahreskarte rückvergütet würden. „Das ist immerhin der Versuch, etwas zu steuern. Aber da müsste man zumindest eine soziale Gewichtung einziehen“, so Verkehrssprecher Slamanig.

Der Vorschlag der KPÖ geht in eine andere Richtung. Wie es in Wien schon lange üblich ist, sollen auch in

Graz bzw. der Steiermark die Unternehmen eine Nahverkehrsabgabe berechnet nach der Anzahl der Beschäftigten Mitarbeiter oder nach Wirtschaftskraft leisten. Nur so können neue Fahrzeuge angeschafft, das Schienennetz in Stand gehalten, das Angebot verbessert werden. Für Landeshauptmann Franz Voves ist eine Mischform denkbar, bei der Unternehmer wie Bewohner einen Beitrag leisten.

In Jedem Fall ist die öffentliche Hand gefordert. Und die Stadtwerke, die laut ihren Statuten Geld aus der Abspaltung des Energiebereiches „ausschließlich und dauerhaft zur Bestandssicherung des ÖV und der Wasserversorgung verwenden müssen“. Und nicht wie kürzlich zum Kauf einer Biogasanlage in Kroatien, so Klubchef Schmalhardt.

MEINUNG

KPÖ-Stadträtin Elke Kahr:

Wo bleibt die Glaubwürdigkeit?

Man sollte auch nach Wahlversprechen zu dem stehen, was man vor den Wahlen angekündigt hat. Das ist sehr wichtig, wenn man als politische Partei nicht unglaubwürdig werden will. Eine Partei, die der Arbeiterbewegung verpflichtet ist, darf Wort und Tat nicht auseinander klaffen lassen. Die Auseinandersetzungen rund um die Regierungsbildung beweisen, wie wichtig das ist.

Die Studiengebühren bleiben, die Eurofighter kommen, die Sozialversicherungsbeiträge werden erhöht, die Mineralölsteuer steigt an. Kein Wunder, dass sich viele Leute, die an die Versprechungen vor der Wahl geglaubt haben, jetzt wundern und ärgern. Die Forderungen der großen Konzerne waren auch für die SPÖ wichtiger als das Vorhaben, das man im Sommer plakatiert hatte: Wohlstand muss gerecht verteilt werden!



foto furgler

Die Wahlversprechen sind vergessen. Man hat nicht gewagt, die Vermögen der Superreichen anzutasten. Alle Steuerprivilegien der Großkonzerne bleiben aufrecht.

Was man damit angerichtet hat, wird man in einigen Jahren sehen. Mit dem Schreckgespenst Schwarz-blau kann man die eigenen Fehler und Versäumnisse jedenfalls nicht vergessen machen.

Bei der KPÖ weiß man, woran man ist: Privatisierung und Sozialabbau sind mit uns nicht zu machen. Wir versuchen, positive Lösungen für die Probleme in unserer Stadt zu finden, und wir zeigen durch unsere Arbeit, dass wir den Menschen auch ganz konkret helfen.

In den Jahren seit 1998 haben wir bewiesen, dass man sich auf uns verlassen kann; vor und nach den Wahlen.

Ihre Stadträtin Elke Kahr
Tel. 872 2060
elke.kahr@stadt.graz.at

KLEIN, ABER MIT BISS



Für „Soziale Gerechtigkeit“ hat die SPÖ im Wahlkampf geworben. Jetzt ist nicht einmal die Verteilung der Ministerposten gerecht.

INHALT

Mehr Bäume in Graz.....	4
Ein Vorzeige-Gemeindebau....	5
Aus dem Gemeinderat.....	7
Mieternotruf.....	8
KPÖ-Politbezüge gespendet ..	9
Das Geschäft mit dem Pech .	10
Leiharbeit: Ausbeutung oder Segen	12/13
Joanneum in Nöten	14
Luxusgut Studentenheim.....	15
Euro – Teuro	17
Tücken rund ums Postkastl ..	18
Aus den Bezirken	20/21
Die Volkshausedoute	24